

Vor Johannesburg schlecht? Nach Johannesburg besser? Zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im Sommer 2002

In: Ökumenischer Informationsdienst, Frankfurt/M. 3/2002 und Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2002, Bonn

Wer im August dieses Jahres günstig nach Südafrika einfliegen möchte, hätte sich schon im Dezember 2001 kümmern müssen. Die preiswerten Plätze sind fast alle vergeben. Vom 26. August bis zum 4. September 2002 findet die UN-Weltversammlung für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg statt. 40.000 Vertreter aus 188 Staaten werden zum 2. Erdgipfel erwartet. Nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro wird nun Bilanz gezogen. Der Zustand der Patientengemeinschaft Erde-Menschheit soll erörtert und die nächsten Schritte müssen verhandelt werden.

Zu den ökumenische Wurzeln der nachhaltigen Entwicklung Bevor auf die aktuellen Vorbereitungsprozesse zum Johannesburger Gipfel eingegangen werden soll, ist es für eine ökumenischen Zeitschrift interessant, kurz auf die begrifflichen und ökumenischen Wurzeln der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development) einzugehen. In den frühen 70er Jahren tauchte der Begriff "Sustainability" in der deutschen Übersetzung als Überlebensfähigkeit oder Dauerhaftigkeit in der Genfer Ökumene des Weltrates der Kirche auf. Die Diskussion der meist protestantisch gestimmten Sozialethik der 60er Jahre war von dem Bemühen um eine "verantwortlichen Gesellschaft" (responsible society) geprägt und mündete in den engagierten Appellen der Weltkonferenz von Uppsala (1968). Unter Aufnahme der Probleme und Bewegungen der Entwicklungsländer und der jungen Nationalstaaten wurde ab 1970 in der Genfer ÖRK-Abteilung "Church and Society" von einer überlebensfähigen oder dauerhaften Gesellschaft (sustainable society) gesprochen. Es wurden soziale und politische Ziele formuliert und Forderungen erhoben. 1974 entwarf und diskutierte die "Weltkonferenz des ÖRK über Wissenschaft und Technologie für eine menschliche Entwicklung" in Budapest das Studienprogramm "Suche nach einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft (Just, Participatory and Sustainable Society, JPSS) . JPSS wurde dann 1976 auf der V. ÖRK-Weltversammlung in Nairobi als Arbeitsschwerpunkt der Weltkirchengemeinschaft für das nächste Jahrzehnt verabschiedet. Bei den sozialetischen Vordenkern des ÖRK wurde also schon vor 1974 Sustainability und Development unmittelbar beieinander gesehen und gemeinsam gedacht.. Das ökumenische Programm JPSS wurde 1983 nach der ÖRK-Weltversammlung im kanadische Vancouver in den konziliararen Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung umgewandelt. Zwei Traditionen beförderten dies und veränderten das Programm. Zum einen der Antrag der Delegation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, die einen gesellschafts-kritischen Dialog der Kirchen über den Ost-West-Konflikt und das Wettrüsten hinweg als einen Konzilien Prozeß führen wollten. Bewußt wurde auf den Vorschlag von Dietrich Bonhoeffer bezug genommen, der bereits 1934 - am frühen Vorabend des II. Weltkrieges - ein Friedenskonzile der Kirchen forderte. Der andere Traditionsstrang entsprang orthodoxen Strömungen., u. a. der damaligen Sowjetunion. Den orthodoxen Geistlichen war die "überlebensfähige Gesellschaft" ein zu weltlich Ding und zu kirchenfremde Sprache. Sie wollten stärker die Schöpfungsbewahrung und die aufgebrochen ökologische Fragen berücksichtigt sehen. Mit den Ergebnis, die "Sustainable Society" durch "Integrity of Creation" ersetzt wurde und als Begriff später im konziliaren Prozeß kaum eine Rolle gespielt hat. Da aber "Nachhaltigkeitspioniere" wie Maurice Strong, Jan Pronk oder Harlem G. Brundtland sich in den 60er und 70er Jahren mit sozialetischen Konzepten des ÖRK beschäftigen und zum Teil in deren Gremien mitgearbeitet haben, wanderte u. a. über diese Persönlichkeiten die Begriffe, der 2002 dem Johannesburger Weltgipfel den Namen gibt, in die UN- Berichte, in die Welt-politik und in die Agena-21-Aktivitäten vor Ort ein. (Erst 1987 wurde im Brundtland-Bericht Sustainability ins Deutsche mit übersetzt.) Nachhaltige Entwicklung als Frage an Kirche und Theologie stellt sich nun erneut, nach einer - jedenfalls "begrifflich" - fast 20-jährigen Lücke bzw. Schlafphase. Basisgruppen, Gemeinden aber vor allem die Körperschaft Kirche sollten den II.

Weltgipfel auch dazu nutzen, ihre sozialetischen Bezüge in die sogenannte "Wertdiskussion" um Nachhaltigkeit stärker als bisher einzubringen. Und natürlich sollten sie nachhaltiger handeln und planen. Den Kirchen sind große Flächenbetriebe, vermögende und besitzende Einrichtungen, in der Summe (mit der Diakonie und Caritas) riesige Beschäftigungsgesellschaften. Die Gestalt, die verschiedenartigen Gestalten der Kirchen, ihrer Gemeinden und Einrichtungen predigt, ohne das ein Wort gesagt wird. Besser oder schlechter.

Die Erkenntnis- und Konsensschritte von Rio 1992 Johannesburg 2002 muss zunächst Rechenschaft über die vergangene Dekade ablegen. Was haben die fünf Rio-Dokumente - die Rio-Deklaration, das Aktionsprogramm Agenda 21, das Klimarahmenabkommen, die "Walderklärung" und die "Konvention über die biologische Vielfalt" bewirkt? Hat der "Geist von Rio" negativen Tendenzen verringert oder verstärkt? Trat Besserung ein? Die Versprechen bzw. Erkenntnis- und Konsensschritte von Rio zwischen Industrie- und Entwicklungsländer lassen sich in folgenden Kernthesen bündeln:

- Das nördliche Wachstums- und Wohlstandsmodell ist aus ökologischen Gründen nicht Globalisierbar; es ist kein Modell für den Süden.
- Es gibt zwischen Nord und Süd eine prinzipielle und globale Partnerschaft beim Schutz der weltweiten Ökosysteme und ihrer Tragfähigkeit.
- Die Industriestaaten tragen die Hauptverantwortung für die globale ökologische Krise und erkennen dies an. Der Norden stellt eine verringerte ökologische Belastung der Geosysteme in Aussicht, um dem Süden Wachstumsspielräume zu schaffen.
- Die Industrieländer sagen eine aktive und attraktive Finanz- und Technologietransferpolitik in den Süden zu. - Die Entwicklungsländer haben ein begrenztes Recht auf Entwicklung und Wachstum. Sie erkennen eine "gemeinsame, aber verschiedene Verantwortung" in der internationalen Umweltpolitik an und akzeptieren das Vorsorge- und Verursacherprinzip.
- Nichtregierungsorganisationen wird eine aktive Rolle im Dialog zugeschrieben. (1)

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts griff Anfang der 90er Jahre zwischen Nord und Süd eine gewisse Euphorie beim Formulieren von Zielen und Lösungsansätzen um sich. An Stelle der sich gegenseitig destruktiv belauernden Kontrahenten Ost und West sollten nun Partnerschaften geschlossen werden. Wissenschaftliche Prognosen wurden von der Politik gehört. Statt Vorherrschaft und Klassenkampf schien Konsens angesagt. Die Zustimmungsbereitschaft des Südens für langfristige ökologische Ziele wurde durch umfangreiche finanzielle Zusagen des Norden erleichtert. Die westlichen Industriestaaten rechneten mit einer Friedensdividende nach dem Ende des Wettrüstens.

Der Aufbruchstimmung von Rio hatte sich aber bald verflüchtigt. Nüchternheit machte sich breit. Wohl läßt sich der zentrale "Begriff" der Nachhaltige Entwicklung inzwischen in fast allen gewichtigen politischen Programmen rund um den Erdball ebenso finden wie in Leitbildern kleiner Kommunen. Als Handlungsanleitung hat sich der Begriff jedoch noch nicht durchgesetzt; das Konzept konnte die Lücke nicht ausfüllen, die sich kurz auftat, als der Ost-West-Konflikt als "Deutungsmuster" aus der Weltpolitik verschwand. Statt Nachhaltigkeit trat der Begriff der "Globalisierung" in diese Lücke. Bilanz und Rechenschaft muß gezogen werden Ende Dezember 2001 hat UN-Generalsekretär Kofi Annan seinen Bericht über den Rio-Prozess veröffentlicht. (2) Anschauen lohnt:

- Es gibt wenige zaghafte, leicht positiven Veränderungen bei einigen Indikatoren in Entwicklungsländern.
- Der Anteil der Erdbevölkerung, die täglich unter einem US \$ verdienen ging von 29 % auf 23. % zurück.
- Weltweit sank die Kindersterblichkeit, das Durchschnittsalter stieg, auch im Süden, mit der Ausnahme von Afrika
- Die Weltbevölkerung wächst weiter, aber langsamer als noch vor 10 Jahren prognostiziert.
- Die Zahl der Alphabeten stieg.

- Der Versorgungsgrad mit frischen Trinkwasser und bei der Abwasserbeseitigung wuchs um 5 % auf weltweit 60 %. Trotzdem haben noch 2,4 Mrd. Menschen keinen geregelten Zugang.
- Zum anderen: Was steht auf der Sollseite?
- Die Reduktionsverpflichtungen - vor allem vom Norden - sind nicht eingehalten worden. Der Energieverbrauch sank nicht, er stieg weltweit seit 1992 um 10 %, mit vermehrter CO₂-Emission um 9 %.
- Bei Produktion und Konsum fraßen die Mehrverbräucher alle seit 1980 eingesparten 20 % an Energie- und Rohstoffeinsparungen wieder auf. Wir verbrauchen und belasten mehr den je.
- Die öffentliche Entwicklungshilfe sank absolut und in Anteilen des Bruttosozialproduktes (BSP) der OECD-Staaten von 0,35 % 1992 auf 0,22 % 2000.
- Trotz Entschuldungsinitiativen stieg die Schuldenlast aller Entwicklungsländer im Berichtszeitraum um 34 % auf 2,5 Billionen US \$. Zugesagt hatte der Norden eine Steigerung der Finanzhilfe in den Süden. Mit der Vorbereitung der Konferenz in Johannesburg ist die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) betraut worden. Vier große Vorbereitungstreffen sind geplant. Bisher wurden fast ausschließlich organisatorische Fragen erörtert. Alle Seiten geben sich defensiv. Weltweit tagten mehrere regionale und kontinentale "Runde Tische". Die Ergebnisse fielen sehr unterschiedlich aus. Dem "Geist von Rio" kam wohl die EU-Kommission am nächsten. Kofi Annan berief den Niederländer und erfolgreichen Verhandler der letzten UN-Klimakonferenz Jan Pronk zum Sonderbevollmächtigten für Johannesburg. Er hat die Aufgabe, mit den wichtigsten Meinungsführern und Regierungschefs die Tagungsinhalte vorzuverhandeln. Beobachter des UN-Parketts sprechen von einer allgemeinen Nervosität. Der Weltgipfel könnte scheitern bevor er begonnen hat.

Nervosität in der Vorbereitung

Die Nervosität hat eine Hauptwurzel: der ungewisse Ausgang der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD) im März 2002 im mexikanischen Monterey. Die Lage ist brennend, denn die Entwicklungsländer sind erbost über die nicht eingehaltenen Finanzzusagen. Der Rio-Gipfel hatte 1992 für die Umsetzung der Beschlüsse bis 2000 einen Finanzbedarf von ca. 600 Mrd. US-Dollar oder jährlich 125 Mrd. US-Dollar errechnet. Der Norden weckte viele Erwartungen, zahlte aber nur wenig, und, noch schlimmer, reduzierte den Transfer kontinuierlich auf ein historisches Tief von 0,22 % des BIP. Damit nicht genug: Dem speziell für die internationale Umweltpolitik eingerichteten Fonds für Globale Umweltfazilitäten (GEF) standen für den Zeitraum von 1998-2002 gerade mal 2,75 Mrd. US-\$ zur Verfügung.

Die oft beschworene neue Verhandlungsmacht, die den Entwicklungsländern durch die internationale Umweltpolitik zugeschrieben wurde, steht ebenso auf dem Spiel wie die Glaubwürdigkeit der Industrieländer. Die Entwicklungsländer wollen der Tagesordnung und den Schwerpunkten von Johannesburg erst nach der Konferenz über die Entwicklungsfinanzierung zustimmen. Das erschwert gründliche Vorbereitungen erheblich und gefährdet den Erfolg.

Deutschland bummelt

Die Bundesrepublik Deutschland galt in der ersten Hälfte der 90er Jahre als ein Schrittmacher. Aber das war einmal. "Rot-Grün" schrieb flott nach dem Regierungswechsel im ersten Abschnitt der Koalitionsvereinbarung: "... die globale Herausforderung einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie in der Agenda 21 beschrieben wird, bildet den Handlungsrahmen auch für die deutsche Politik." Das klang nach neuem Schwung. Die Einbettung der Politik in eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie fehlt jedoch noch immer.

Während Länder wie Großbritannien, die Schweiz oder Finnland zügig an die Arbeit gingen, wurde in Deutschland gebummelt. Das muß verwundern. Immerhin beteiligte sich Deutschland von 1996 bis 1999 als eines von nur 20 Ländern an der Prüfung des Indikatorenkataloges für Nachhaltigkeit der UN (CSD). (5) Für die Fachöffentlichkeit sehr spät wurde erst im Sommer 2000 ein Rat für nachhaltige

Entwicklung durch den Bundeskanzler berufen. Vorsitzender ist seit Sommer 2001 Volker Hauff, der schon in der Brundtland-Kommission an dem UN-Bericht "Unsere gemeinsame Zukunft" mitgearbeitet hat. Seit November 2001 liegt ein erstes Dialogpapier "Ziele zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland" (6) vor. Für vier "Sammelleitbilder" - Energie und Klimaschutz; Landwirtschaft, Umwelt, Ernährung und Gesundheit; Mobilität und Verkehr Siedlungsentwicklung - werden Vorschläge formuliert, die in die Ausarbeitung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einmünden sollen. Für die Bundesregierung arbeitet ein sogenanntes "Green Cabinet" - mit Staatssekretären aus wichtigen Ministerien unter Federführung des Staatsministers Bury aus dem Bundeskanzleramt an der nationalen Strategie.

Bury stellte nun am 19. Dezember 2001 den Entwurf eines nationalen Strategiepapiers unter dem Titel "Perspektiven für Deutschland" vor. Mit "21 Indikatoren für das 21. Jahrhundert" soll der Weg für ein zukunftsfähiges Deutschland markiert werden. Nachhaltigkeit wird als "roter Faden der Reformpolitik der rot-grünen Bundesregierung" bezeichnet. Eingeladen wird zu einem Dialog, der vor allem über das Internet geführt wird. (7) Die Beteiligung ist sehr mäßig, die Methoden dem Gegenstand unangemessen. Es kann eine sachdienliche Verständigung über Zukunftsaufgaben kaum in SMS-Manier erfolgen. Das Bury-Papier faßt das Gebiet nachhaltiger Politikfelder sehr weit:- nahezu alles kommt vor: Haushaltkonsolidierung, Steuerreform, Altersvermögensgesetz, Energiewende, Landwirtschaft. Statt Leitplanken mit Führungsfunktion aufzustellen,, die auch Fehlwege deutlich machen würden, werden eher Hegezäune aufgestellt, die alles umgreifen. Thematisch ist die Vorlage in vier Abschnitte gegliedert: Generationengerechtigkeit, sozialer Zusammenhalt, Lebensqualität und internationale Verantwortung. Insgesamt liest sich der Entwurf wie ein nationales und irgendwie einsames Pflichtpapier. Es atmet wenig von einer staatlichen Entfaltung nachhaltiger Entwicklung als einem globalen Konzept. Auch die aufgeführten 21 Indikatoren überzeugen nur teilweise. Es ist nicht erkennbar, wo die Erfahrungen der CSD-Indikatorenerprobung von 1996 -1999 geblieben sind.

Zwei weitere Aktivitäten im Vorfeld des Weltgipfels in Johannesburg aus Deutschland sind zu nennen. Im Oktober 2001 veröffentlichte der "Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen" (WBGU) ein Politikpapier unter dem Titel "Die Chancen von Johannesburg: Eckpunkte einer Verhandlungsstrategie". (8) Der WBGU empfiehlt der Bundesregierung, Schwerpunkte zu setzen und die strategische Initiative zu ergreifen. Unter anderem schlägt er vor, die internationale Umweltpolitik zu reformieren und eine globale Energiestrategie zu vereinbaren. Die Schutzanstrengungen für die biologische Vielfalt sollten rasch verstärkt und Süßwasser umgehend geschützt werden.

Beim Forum Umwelt und Entwicklung in Bonn, einem Zusammenschluss von umwelt- und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen, wurde ein "Kampagnenrat Rio plus 10" bestellt, der im Dezember 2001 den Aufruf "Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten" (9) mit 10 Kernforderungen veröffentlicht hat. Analog der Rolle der internationalen NRO bei UN-Konferenzen sollten die nationalen NRO zur kritischen Solidarität und zur Partizipation im Dialog für eine nationale Nachhaltige Entwicklung ermuntert werden.

Was kann von Johannesburg 2002 erwartet werden?

Hingewiesen werden muss noch - auch im Kontrast zu Deutschland - auf die Europäische Union. Im Sommer 2001 wurde in Göteborg die "Die Strategie der europäischen Kommission für nachhaltige Entwicklung" (10) verabschiedet. Darin bekennt sich die EU als einer der großen Ressourcenverbraucher zu nachrechenbaren Reduktionszielen bei bestimmten Stoffgruppen, zu Kontrollverfahren, zu einer Steigerung der Entwicklungshilfe und zu einer integrierten Politik für Nachhaltigkeit auf dem Feldern der Wirtschafts-, der Handels- und der Finanzpolitik. In dem Papier schwingt noch das europäische Selbstverständnis wieder, wie es auf der Bonner Klimakonferenz 2001 sichtbar war. Dem Papier wie der Strategie der Bundesregierung wäre in Johannesburg eine enge Orientierung an der EU zu wünschen.

Was von Johannesburg erwartet werden kann, lässt sich schwer abschätzen, solange die Tagesordnung nicht feststeht. Es ist der Abschluss des Kyoto-Protokolls zu erwarten. Einige noch zögernde Staaten wie Russland werden wohl noch bis zum Schluss pokern. Ein weiterer, eher leicht zu fassender Beschluss wird die Umwandlung des UN-Umweltprogramms (UNEP) in eine Weltumweltorganisation (GEO) sein. Das ferne Ziel bestünde darin, hier Augenhöhe mit der WTO zu erreichen. Scheitern könnte diese Aufwertung am Geld - wie der Gipfel insgesamt. Sagen bis zum Sommer die Industrieländer keine substantiellen Finanz- und Technologietransfers zu, stehen die Zeichen schlecht. Dabei gäbe hier es interessante Finanzmodelle zu besprechen: Steuern oder "zweckgebundenen Entgelte" auf die Nutzung von globalen Gemeinschaftsgütern wie Weltmeere, Luftraum, Weltall oder eine CO-2-Steuer bzw. eine Devisenumsatzsteuer könnten erhoben und verteilt werden.

Was sollte Johannesburg 2002 bringen? In jedem Fall wäre eine Qualifizierung der deutschen Debatte um Nachhaltige Entwicklung wünschenswert. In einer guten Vor- und Nachbereitung könnte unabhängig von Ergebnissen der Sinn und auch der Gewinn des 2. Erdgipfels liegen.

Hans-Joachim Döring

Anmerkungen: (1) Der Beitrag erschien in gekürzter Form in den "Blättern für deutsche und internationale Politik", Bonn im Heft 03/2002. (2) Vgl. Hans-Joachim Döring, Sustainability und Ökumene, in: Nachhaltigkeit als ethischer Herausforderung. Hrsg. Diefenbacher, Döring, Vogt. Benediktbeuern 2001. S. 29-33. (3) Vgl. u.a. Barbara Unmüßig, Zwischen Nachhaltigkeitsrhetorik und Wettbewerbsfixierung, Infobrief Weltwirtschaft und Entwicklung, Sonderdienst 5, Bonn, Dezember 2001. (4) Vgl. Zusammenfassung in: TAZ, Berlin vom 28.01.2002. S. 4-5. (5) Erprobung der CSD-Nachhaltigkeitsindikatoren in Deutschland, Bonn, BMU 4/2000, (6) www.nachhaltigkeitsrat.de (7) www.dialog-nachhaltigkeit.de (8) www.wbgu.de (9) www.forumue.de (10) www.europa.eu.int/comm/environment/forum